

Kirsten Beuth

EAW

## **Von blauen Strümpfen, roten Taschen und frischem Wind**

### **Den Pionierinnen und Akteurinnen des Internationalen Frauentags zum Hundertsten**

Blickdichte Strümpfe sind in. Manchmal sind die Beinwärmer auch blau. Niemand allerdings käme auf die Idee die Trägerin als „Blaustrumpf“ zu bezeichnen. Blaustumpf? So wurden im 19. Jahrhundert despektierlich Frauen genannt, die sich den damals geltenden Zuschreibungen für das „ewig Weibliche“ entzogen, darauf pfeiften und einfach (...na ja..) was anderes machten – zum Beispiel studierten. Frauen, die gebildet, politisch interessiert und streitbar waren, galten als hochmütig und unweiblich. Das ist lange her, auch wenn die Debatte, ob beruflich erfolgreiche Frauen, überhaupt „richtige Frauen“ seien, immer mal wieder zum Köcheln gebracht wird.

Viele Stationen führten zu dem, was heute von und für Frauen erreicht ist. Der Internationale Frauentag gehört seit 100 Jahren dazu. Verschiedene historische Ereignisse und individueller Einsatz werden genannt, auf denen er fußt: so haben auch die bürgerlich emanzipierten „Blaustrümpfe“, Frauen der 1848er Bewegung, vor allem aber Fabrikarbeiterinnen des beginnenden 20. Jahrhunderts in Europa und den USA und engagierte Politikerinnen ihren Beitrag geleistet.

Die Idee zu einem sich wiederholenden Tage, an dem die Einforderung von Frauen- und Menschenrechten im Mittelpunkt steht, geht auf Clara Zetkin und ihren Vorschlag auf der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz 1910 zurück. Der erste Internationale Frauentag wurde dann in Österreich, Deutschland, Dänemark, der Schweiz und den USA am 19. März 1911 begangen. Tausende Frauen und Männer gingen auf die Straßen und demonstrierten. Zentrale Forderungen waren das aktive und passive Wahlrecht für Frauen, das Recht auf Erwerbstätigkeit und Bildung, aber auch bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, Gesundheitsschutz und Lohngleichheit.

Sechs Jahre später, am 8. März 1917 leitete der Streik der Petersburger Textilarbeiterinnen die Februarrevolution in Russland ein und führte zur Abdankung des Zaren. Als Würdigung für die an der Revolution beteiligten Frauen wurde 1921 auf der II. Internationalen Konferenz kommunistischer Frauen der 8. März als einheitlicher Feiertag festgelegt und begangen.

Auch wenn die rechtlich-politische Forderung nach einem allgemeinen Wahlrecht in Österreich und Deutschland seit 1918 erfüllt ist, sind Frauen bis heute in viele Bereichen benachteiligt, Gesetze auf geduldigem Papier festgehalten und haben in männlich geprägten Strukturen mit den Lebensrealitäten von Frauen wenig gemein.

In beiden Ländern waren in der Zeit des Nationalsozialismus Frauenrechte kaum ein Thema, der Internationale Frauentag verboten und vor allem Mutterrolle und Hausfrauendasein favorisiert. Das bestimmte auch weitgehend die 50er und 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Der Muttertag wurde zur

Festschreibung von Erwartungen instrumentalisiert und von der Floristik- und Süßwarenbranche durchaus begrüßt.

Erst die westeuropäischen Studenten- und Frauenbewegung stellte schließlich die nach wie vor weitgehend traditionell konservativ geprägten Geschlechterrollen zur Disposition und der Internationale Frauentag gewann in den 70er Jahren wieder an Bedeutung. Zwar wurden Gleichbehandlungsgesetze verabschiedet, aber die Erfahrungen und Enttäuschungen darüber, dass die formal festgeschriebene Gleichberechtigung nicht gelingt und nicht genügt, führten dazu, dass die Frauenbewegung sich selbst nun nicht mehr als Rechts-, sondern vor allem als eine Befreiungsbewegung verstand. Der straffreie Schwangerschaftsabbruch gehörte zu den Hauptforderungen. Jene Jahre waren vielfach bestimmt von Aktionen gegen Gewalt an Frauen. Notrufnummern für vergewaltigte Frauen wurden eingerichtet, sexuelle Diskriminierung am Arbeitsplatz, wie auch sexueller Missbrauch von Kindern öffentlich diskutiert.

Ging es vormals vorrangig um gleiches Recht für alle, verlagerten sich die Forderungen nun vor allem auf die ökonomische Gleichstellung und Eigenständigkeit von Frauen.

Sogenannte „Leichtlohngruppen“ sorgten dafür, dass Frauen für dieselbe Arbeit weniger Geld erhielten. Das war vor vierzig Jahren und ist noch immer aktuell: die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern betrug 2010 in Deutschland durchschnittlich 23,2 Prozent, in Österreich wurde sie gar mit 25,5 beziffert. Im Vergleich der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zählen Deutschland und Österreich somit zu den Schlusslichtern. Die wirtschaftliche Gleichberechtigung ist daher seit Jahrzehnten ein Thema des Internationalen Frauentags und wird es wohl weiter bleiben. Neben dem Frauentag hat sich inzwischen noch eine andere Kampagne etabliert, die auf die Lohndiskriminierung aufmerksam macht: Der Equal Pay Day (EPD). Der internationale Aktionstag für Entgeltgleichheit markiert jenen Zeitraum, den Frauen länger arbeiten müssen, um auf das durchschnittliche Jahresgehalt von Männern zu kommen. Rote Taschen gelten als Symbol für den EPD. Sie stehen für rote Zahlen und dafür, dass Frauen weniger in der Tasche haben. In Österreich findet der Aktionstag seit 2009 im September statt. Ab diesem Tag arbeiten Frauen statistisch betrachtet „gratis“ im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen.

1979 holte Bruno Kreisky Johanna Dohnal als Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen in die Regierung, in Deutschland wurde Rita Süßmuth 1986 Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte in Gesellschaft und Kirche begannen mit der Professionalisierung und Institutionalisierung von Frauenfragen. Eine breitere Ausdifferenzierung wurde deutlich, aber auch Bestrebungen, Frauenanliegen in politische Verbände und staatliche Institutionen zu integrieren. Parteien, Verbände, Kirchen und Gewerkschaften zeigten verstärkt Interesse an Fragen der Gleichstellung, Quotenregelungen sollten für mehr Geschlechtergerechtigkeit sorgen bis hin zu EU-Richtlinien der 90er Jahre wie dem Gender Mainstreaming. Mit Forderungen, die Anzahl der weiblichen Hochschullehrerinnen zu erhöhen und frauenspezifische Forschungsinhalte in der Wissenschaft zu verankern setzte eine Akademisierung des Feminismus ein. Von nun an wirkten feministische Theorien auf den wissenschaftlichen Diskurs, Frauenforschung und Studienrichtungen wie Gender-Studies und Queer-Studies etablierten sich an Universitäten.

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs nach 1989 traten neue politische Prioritäten auf die Tagesordnung. Neoliberalismus und Globalisierung wurden zu Determinanten der Neuordnung des Lebens.

Auch wenn Frauenbewegung vorrangig mit westeuropäischen oder internationalen Entwicklungen assoziiert wird, ist es dennoch wichtig, Ereignisse in Osteuropa nicht gänzlich zu vernachlässigen. So waren die politischen Erhebungen um den Prager Frühling 1968 herum und Initiativen im Umfeld der Kirchen prägend für die Wendezeit der 80er Jahre. Hierzu gehörten in der DDR Aktionen der „Frauen für den Frieden“ oder der Anhänger von „Schwerter zu Pflugscharen“. Besonders in den Vorwendejahren haben DDR-Frauen alternative Begegnungs- und Orientierungsformen im gesellschaftlichen und kirchlichen Rahmen geschaffen. 1989 wurde der „Unabhängige Frauenverband“ (UFV) gegründet und Zeitschriften wie „Ypsilon“ oder „Weibblick“ herausgegeben.

Zu Beginn der 90er Jahre setzte verstärkt eine Debatte um die Beteiligung von Frauen in Politik und Wirtschaft ein. Bis heute sind Benachteiligungen von Alleinerziehenden und Müttern brennende Themen und die rechtliche und soziale Situation von Migrantinnen bleiben häufig ausgeblendet.

Frauen im kirchlichen Kontext werden weitaus weniger mit politischen Aktionen, den Ereignissen nach '68 und der Frauenbewegung in Zusammenhang gebracht. Das ist jedoch falsch. Frauen in der evangelischen Kirche haben sich - wenn auch mit „Verspätung“ - in Reformprozesse in vielfältiger Form eingebracht. So fand schon 1979 in der Evangelische Akademie Bad Boll die Ersten Werkstatt Feministische Theologie statt und hatte 1985 in der DDR ein Pendant. Aus der kirchlichen Frauenbewegung heraus kam es 1981 beispielsweise zur Gründung der „Arbeitsgemeinschaft Feminismus und Kirchen“, der „Europäischen Gesellschaft für Theologische Forschung von Frauen“ (ESWTR) 1986 oder auch seit 1987 zur Frauensynodenbewegung. In der DDR entstand Mitte des Jahrzehnts der „Arbeitskreis Feministische Theologie“ und ab 1987 kursierten unterschiedliche Veröffentlichungen wie Rundbriefe oder Informationsblätter unabhängiger Frauengruppen im Umkreis der Kirche.

In der Österreichischen Evangelischen Kirche beschloss die Synode 1980 die Gleichbehandlung von Frauen und Männern im geistlichen Amt. Einer Studie der Evangelischen Frauenarbeit zufolge zeigte das jedoch bis 1999 wenig Erfolg und Pfarrerinnen waren noch immer in der Minderheit. Daran hat sich inzwischen einiges geändert, was sicher auch ein Verdienst der kirchlichen Gleichstellungskommission und gendersensibler Personalpolitik ist. Dennoch bleibt zu beobachten, ob Frauen in Weichen stellenden Ausschüssen vertreten sind. 1992 fand die erste Österreichische Frauensynode in Puchberg/Wels statt und eine der wichtigen Initiativen des Frauenforums Feministische Theologie war die Initiierung der Frauensynodenbewegung in Österreich. 1996 wurde die erste Europäische Frauensynode in Gmunden durchgeführt, der eine weitere 2003 in Barcelona folgte. Zu den Forderungen, die die Evangelische Frauenarbeit Österreichs zum hundertsten Jubiläum des Internationalen Frauentags aufstellt gehören Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen und gegen Frauenhandel, Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, Aufwertung und Anerkennung ehrenamtlichen Engagements, der eigenständige Aufenthaltsstatus für Migrantinnen und die Gleichberechtigung von Frauen in den christlichen Schwesterkirchen.

---

Mit der Dekade „Kirchen in Solidarität mit den Frauen“ (1988 – 1998) reagierte der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) auf die internationalen Bewegungen. Ziel war es, Frauen als Subjekte ihrer eigenen Geschichte zu akzeptieren und unterdrückende Strukturen zu überwinden. Kirchen sollten ihre Aufgabe wahrnehmen, Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen zu verbessern. In diesem Prozess waren Frauen immer wieder die treibende Kraft, die die Beschlüsse des ÖRK umsetzen wollten, vielerorts jedoch allein gelassen wurden. Hier wirkten häufig ungleiche Wahrnehmungen der Geschlechterbeziehungen, unterschiedliche Kommunikations- und Machtstrukturen kontraproduktiv.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Bad Krozingen 1989 stand unter dem Schwerpunktthema „Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Kirche“. Die hier gefassten Beschlüsse führten zur Einrichtung eines Frauenreferats in der EKD, zur Gründung des Frauenstudien- und –bildungszentrums (FSBZ) und zur landeskirchlichen Frauen- und Gleichstellungsarbeit. Die Synodalen des Kirchenbundes in der DDR verabschiedeten 1990 in Leipzig Beschlüsse zur Gleichstellung. Der Einsatz für die Frauenordination gehört ebenso dazu, wie die Erarbeitung und Etablierung von Frauengottesdiensten und feministischen Liturgien.

Die Frauenbewegung hatte sich den Wandel der Geschlechterverhältnisse und Veränderungen der kulturellen Muster der Gesellschaft als Ziel gesetzt und das Erreichte zählt zu den nachhaltigsten Ergebnissen der Studentenrevolte der 60er Jahre. Traditionelle Denk- und Wertemuster wurden erfolgreich in Frage gestellt und Rollenfestlegungen aufgebrochen. Frauen haben Veränderungen in Gang gesetzt, die Auswirkungen auf gesellschaftliche Normgebungen hatten und haben und dazu beitragen, die Gesellschaft demokratischer, weniger patriarchalisch und autoritär zu gestalten. Das war möglich, da von Anbeginn die Frauenbewegung nicht nur nach außen, sondern auch auf einen inneren Wandel, auf die Veränderung der eigenen Rolle gerichtet war.

Frauen verfügen inzwischen über ein umfassendes gesellschaftliches Bezugssystem das vielfältige Impulse zur Erlangung von Geschlechtergerechtigkeit setzt. Sie haben kulturelle Ausdrucksformen wie Frauenmusik, -theater, -feste, eigene Filmfestivals oder Lesungen weiterentwickelt. Die Fortschreibung fehlender weiblicher Vorbilder und Orientierungen hat die etablierte Frauenforschung inzwischen auf allen Gebieten unterlaufen. Institutionalisierungen sowohl in gesellschaftlichen, politischen, wie auch kirchlichen Bereichen sind gelungen.

Dennoch geht es bei der Erlangung von geschlechtergerechteren Strukturen und gleichberechtigter Teilhabe von Frauen und Männern am gesellschaftlichen und kirchlichen Leben nicht um ein einmal zu erstreitendes Ziel. Es ist unübersehbar ein Langzeit- und Dauerprojekt, welches mittlerweile viele Ausdifferenzierungen und Kontroversen erfahren hat. Es gilt weiterhin die Auseinandersetzung mit aktuellen Fragestellungen aus frauenpolitischer Perspektive und feministischem Ansatz heraus zu führen und gegen Diskriminierungen einzutreten. Besonders in den vergangenen Jahren führten finanzielle Engpässe dazu, Frauengleichstellung als erreicht zu deklarieren, obwohl bestehende strukturelle Benachteiligungen, trotz gesteigener Präsenz von Frauen im öffentlichen Bereich und sich langsam verändernden Arbeits- und Lebensbiografien von Männern,

weiter wirken. Folglich wurden Förderungen und Arbeitsbereiche wieder abgeschafft, reduziert oder umgewandelt - auf gesellschaftlicher, wie auf kirchlicher Ebene gleichermaßen. Vielfach wird gegenwärtig die Hinwendung zu Genderfragen und weniger zu frauenbezogener Arbeit gefordert.

Inzwischen melden sich jedoch junge, gut ausgebildete Frauen zu Wort, die an die immer noch vorhandene „gläsernen Decke“ stoßen. Sie haben erkannt, dass ihrer gesetzlich verbrieften Selbstbestimmung Grenzen gesetzt sind, Frauen der Zugang zu angestrebten Positionen erschwert wird, gleichberechtigte Partnerbeziehungen nicht einfach zu gestalten und ihre Einkommen weiterhin niedriger als die von Männern sind. Und all das bei schlechter Altersabsicherung. Der Slogan der 70er Jahre „Das Private ist politisch“ gilt nach wie vor und immer weiter. Das Paradoxon, sich einerseits für Gleichheit einzusetzen und andererseits Individualität zu berücksichtigen und anzuerkennen ist kein neues Phänomen vor dem die junge Frauengeneration steht. Es ist kein feststehendes Maß, sondern eine dynamische Größe, die immer neu zu bearbeiten ist und im gesellschaftlichen und historischen Zusammenhang diskutiert werden muss. Angesichts der politischen Entwicklungen der Nachwendezeit, mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und der Erweiterung der Europäischen Union sind neue politische Prioritäten gesetzt. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Gesellschaftssysteme haben Frauen in ihren Auseinandersetzungen um gleichberechtigte Teilhabe in Beruf und Gesellschaft, Kirche und Politik, um gleichen Lohn für gleiche Arbeit und die Familien- und Versorgungsarbeit über Jahrzehnte unterschiedliche Perspektiven und Bewältigungsstrategien entwickelt. In einer zunehmend globalisierten Welt gründen sie nun erweiterte europäische und internationale Netzwerke, in denen Frauen kooperieren und ihre interkulturellen und multiethnischen Erfahrungen und Ressourcen einbringen, um mehr Geschlechtergerechtigkeit in ihren Ländern und Regionen zu erreichen. Immer mehr junge Frauen organisieren sich allerdings eher in Nichtregierungsorganisationen, alternativen und autonomen Zusammenschlüssen oder selbst geschaffenen Kulturräumen. Diese Entwicklung ist von kirchlichen Organisationen als Herausforderung aufzugreifen, um DiskurspartnerIn bei der Gestaltung alternativer Lebens- und Wirtschaftsformen zu bleiben und zu werden.

Gleichberechtigte Teilhabe für Frauen und Männer unabhängig von Alter und Herkunft muss im jeweiligen Kontext definiert und immer wieder neu erstritten werden - 2011 genauso wie schon 1911.

Der Internationale Frauentag ist seit 100 Jahren ein guter Tag. Ein guter Tag um Ungerechtigkeiten öffentlich zu machen, Forderungen zu stellen, ins Gespräch zu kommen, Neues zu erfahren, Alternativen zu denken, Pläne zu schmieden, Strategien zu entwickeln, Erreichtes zu feiern und mit frischem Wind Energien in Gang zu setzen. Und all das ohne Bescheidenheit, aber immer wieder!

*„Ich denke, es ist Zeit, daran zu erinnern: Die Vision des Feminismus ist nicht eine 'weibliche Zukunft': Es ist eine menschliche Zukunft. Ohne Rollenzwänge, ohne Macht- und Gewaltverhältnisse, ohne Männerbünde und Weiblichkeitswahn.“ (Johanna Dohnal)*

---